

European Commission
DG Energy - ENER.DDG1.C.1
'Regulatory policy & Promotion of renewable energy'
Rue De Mot 24-26
B-1049 Bruxelles
Belgium

Nur per E-Mail an: ec-land-use-change-biofuels@ec.europa.eu

**Öffentliche Anhörung zu indirektem Landnutzungswandel und Biokraftstoffen
hier: Stellungnahme der ölsaatenverarbeitenden Industrie in Deutschland**

Der Verband der ölsaatenverarbeitenden Industrie in Deutschland e. V. (OVID) vertritt die Interessen der Ölsaaten verarbeitenden und Pflanzenöl raffinierenden Unternehmen in Deutschland. Mit 18 Mitgliedsfirmen sind in OVID rund 90 Prozent der deutschen Ölmühlenproduktion vertreten. Unsere Mitglieder verarbeiten pro Jahr rund 10 Millionen Tonnen Ölsaaten. Es entstehen circa 3,6 Millionen Tonnen Pflanzenöl und etwa 6,4 Millionen Tonnen Ölschrote.

Wir betrachten die Absicht, indirekte Landnutzungsänderungen in die Berechnung von CO₂-Fußabdrücken einzubeziehen mit großer Sorge, da die hierfür derzeit diskutierten Anrechnungsvorschläge jeder wissenschaftlichen Grundlage entbehren. Zwar existieren zahlreiche Vorschläge und Ideen zur Berücksichtigung derartiger indirekter Effekte, diese üben jedoch unabhängig davon, welchen konkreten Ansatz man betrachtet, keinerlei Lenkungseffekt aus: denn diejenigen Akteure, denen die indirekten Landnutzungsänderungen in Form eines Malus angelastet werden sollen, haben selbst keinen Einfluss auf eine Verbesserung der Situation an dem Ort, an dem die Umwidmung der Fläche stattfindet. Mit anderen Worten: die vorgeschlagenen Ansätze entfalten keinerlei Emissionen senkende Wirkung und verfehlen somit ihr wesentliches Ziel.

Ein weiterer signifikanter Mangel des Gedanken besteht darin, dass den indirekten Landnutzungsänderungen keine konkreten Flächen zugeordnet werden können. Eine solche klare Zuordnung der Flächen wäre jedoch notwendig, um eine glaubhafte, belastbare und nachvollziehbare Quantifizierung der tatsächlich aufgetretenen Emissionen durchzuführen.

Wir gehen davon aus, dass die Berücksichtigung indirekter Landnutzungsänderung die Rodung von Regenwäldern und die Nutzung sensibler Flächen verhindern soll. In diesem Zusammenhang möchten wir jedoch zu Bedenken geben, dass verursacherbezogene Ansätze

wesentlich wirksamer wären, als das Heranziehen einzelner Sektoren, deren tatsächlicher Einfluss auf die unerwünschten Beeinträchtigungen nachweislich nur sehr begrenzt ist.

Unsere Mitgliedsfirmen liefern Pflanzenöle, Ölschrote und Nebenprodukte in die drei Sektoren Ernährung, Oleochemie und Bioenergie. Dies ermöglicht uns Einblicke in diese sehr unterschiedlichen Branchen und versetzt uns in die Lage, qualifizierte Einschätzungen über die Verwendungsbereiche landwirtschaftlicher Rohstoffe geben zu können. Weltweit werden lediglich rund fünf Prozent der Agrargüter im Bioenergiebereich verwendet. Für die weitere Entwicklung dieses Anteils bleibt festzuhalten, dass vor dem Hintergrund des rasanten Wachstums der Weltbevölkerung in den bevorstehenden Jahren und sich ändernder Ernährungsgewohnheiten in den bevölkerungsreichsten Staaten wie beispielsweise Indien und China der Anteil der vom Bioenergiebereich abgefragten landwirtschaftlichen Rohstoffe sogar sinken wird. Ursache für diese auf den ersten Blick möglicherweise verwundernden Schlussfolgerung liegt in der enormen Nachfragesteigerung des Ernährungssektors. Realistischerweise muss davon ausgegangen werden, dass die für die Deckung des Nahrungsbedarfes benötigten landwirtschaftlichen Flächen zu einem Teil von heute als sensibel bezeichneten Landflächen bereitgestellt werden. Für den Schutz dieser Flächen erscheinen politische Vereinbarungen, die sich konkret auf die zu schützenden Flächen beziehen geeigneter, als die Begrenzung eines Sektors, der derzeit etwa ein Zwanzigstel des Gesamtrohstoffverbrauches ausmacht und gar im Begriff ist, Anteile am Gesamtverbrauch zu verlieren.

Fazit

Abschließend fassen wir zusammen, dass indirekten Landnutzungsänderungen in die Berechnung der CO₂-Fußabdrücke von Biokraftstoffen nicht einfließen sollten, da hierdurch die beabsichtigten Ziele nicht erreicht werden. Stattdessen erscheinen lokale Gesetze und Regelungen als geeignetere Instrumente, sensible Flächen in den betroffenen Ländern vor unerwünschter Umwidmung zu schützen. Zur weiteren Vertiefung der Thematik möchten wir auch auf die Stellungnahme unseres europäischen Ölmühlendachverbandes FEDIOL verweisen.